

Ungarn

Heiko Fürst

Die Europapolitik der ungarischen Regierung war wie in den Vorjahren geprägt von einer scharfen, konfrontativen Rhetorik, die letztlich jedoch darauf baute, dass es in der Europäischen Union nicht zu einem Bruch mit Ungarn kommen würde. Denn der Preis wäre hoch: Gemessen an den erhaltenen Mitteln pro Kopf ist Ungarn einer der größten Nettoempfänger. Die Bevölkerung steht weiterhin größtenteils hinter der Europäischen Union. Etwa drei Viertel würden sich erneut für eine Mitgliedschaft entscheiden.¹ Garanten gegen Sanktionen waren das Konsensprinzip, die Unterstützung durch Polens nationalkonservative Regierung und die Mitgliedschaft des regierenden Fidesz in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament. Die Politik des Fidesz führte nun erstmals dazu, dass sich viele ihrer Abgeordneten gegen die ungarische Regierung stellten. Der EVP-Vorsitzende Joseph Daul erklärte, die seit Jahren anhaltenden ständigen Angriffe Ungarns auf die Europäische Union und geltendes Recht könnten nicht länger toleriert werden.² In der Folge verabschiedete das Europäische Parlament im Mai 2017 mit den Stimmen von Teilen der EVP-Fraktion eine Entschließung, in der scharfe Maßnahmen gefordert wurden, die auch Sanktionen nach Artikel 7 des EU-Vertrags umfassen.³ In den Monaten zuvor hatte der Fidesz die Bürger über die EU-Flüchtlingspolitik⁴ abstimmen lassen, die Kontrolle über die Presse weiter verschärft, Vorhaben zur Schließung der bestrenommierten Universität der Region vorangetrieben und unter dem Motto „Stoppt Brüssel!“ eine Nationale Konsultation initiiert.

Referendum zur Migrationspolitik

Die Frage, über die Ungarn am 2. Oktober 2016 per Referendum abstimmte, lautete: „Möchten Sie, dass die Europäische Union das Recht hat, obligatorisch die Ansiedlung nichtungarischer Bürger in Ungarn vorzuschreiben, auch wenn das nationale Parlament nicht zustimmt?“ Bereits im Juli hatte die Regierung eine umfassende Kampagne gestartet, im Zuge derer im ganzen Land Plakate mit Propaganda gegen die Europäische Union und Migranten geklebt wurden. Slogans lauteten beispielsweise: „Wussten Sie? Die Attacken von Paris wurden durch Migranten verübt.“, „Wussten Sie, dass seit Beginn der Flüchtlingskrise die Belästigung von Frauen stark angestiegen ist?“, „Wussten Sie, dass Brüssel Migranten in der Größenordnung einer ganzen Stadt nach Ungarn deportieren möchte?“⁵ Außerdem gab die Regierung ein Faltblatt heraus, das von No-Go-Areas in

1 András Biró-Nagy/Tibor Kadlót/Ádám Köves (Hrsg.): A magyar közvélemény és az Európai Unió, Budapest 2016, S. 10ff; Bundeszentrale für politische Bildung: Nettozahler und Nettoempfänger in der EU, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfänger> (letzter Zugriff: 4.6.2017).

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): Orbán lenkt nicht ein, 30.4.2017.

3 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Mai 2017 zur Lage in Ungarn (2017/2656(RSP)), P8_TA-PROV(2017)0216.

4 Siehe auch den Beitrag „Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik“ in diesem Buch.

5 Eszter Zalan: Hungary steps up campaign on migration referendum, in: EUobserver, 20.7.2016.

Großbritannien als Folge der Migrationskrise sprach. Ins Ausland abgewanderte ungarische Bürger erhielten von Viktor Orbán einen Brief, in dem er dazu aufrief, an der „schicksalsentscheidenden“ Volksabstimmung teilzunehmen. Niemand außer uns selbst, so der Tenor, dürfe über unsere Köpfe hinweg Entscheidungen treffen, mit wem wir zusammenleben und mit wem nicht.⁶ Im Fall eines erfolgreichen Referendums wollten Regierungsvertreter auf eine Änderung des Lissabonner Vertrags hinwirken.⁷ Die tendenziöse Kampagne nahm die 2006 gegründete und seit 2014 als politische Partei registrierte Magyar Kétfarkú Kutya Párt (Partei des doppelschwänzigen Hundes) zum Anlass, mit Hilfe von Spenden eine ebenso großflächige, satirische Gegenplakatierung zu starten. Die Slogans lauteten beispielsweise: „Wussten Sie? In Syrien herrscht Krieg.“, „Wussten Sie? 70 Frettchen können leicht Ihr Abwasserrohr verstopfen.“, „Wussten Sie? Die Täter in den meisten Korruptionsfällen sind Politiker.“, „Wussten Sie? Praktisch jederzeit kann ein Baum auf Sie stürzen.“⁸ Als Reaktion führte die Regierung kurz vor Weihnachten eine Lizenzpflicht für Außenplakate ein.⁹

Der Anteil gültiger Stimmen am 2. Oktober 2016 betrug 40,4 Prozent, von denen wiederum 98,3 Prozent „nein“ angekreuzt hatten, also die Fidesz-Position vertraten. Für ein erfolgreiches Referendum waren aber mindestens 50 Prozent gültiger Stimmen erforderlich. Die Opposition hatte zur Stimmenthaltung aufgerufen. Obwohl das Referendum damit gescheitert war, erklärte Orbán es zu einem überwältigenden Erfolg. Er werde umgehend eine Verfassungsänderung „im Geiste des Referendums“ vorbereiten.¹⁰ Die Änderung erreichte im November jedoch nicht die erforderliche parlamentarische Zweidrittelmehrheit. Eine Vereinbarung mit der rechtsradikalen Jobbik war zuvor gescheitert. Sie hatte ihre Zustimmung an die Streichung eines Programms gekoppelt, das es reichen Flüchtlingen ermöglicht, gegen Zahlung hoher Gebühren einen Aufenthaltstitel zu erkaufen. Dieses Programm war der Fidesz nicht bereit zu streichen.¹¹

Unabhängig von der Verfassung verschärfte Ungarn seine Asylpolitik. Bereits im August 2016 hatte Orbán den Bau eines neuen, massiveren Zauns an der Schengen-Grenze zu Serbien angekündigt, der bis Mai 2017 fertiggestellt werden sollte.¹² Am 7. März 2017 verabschiedete das Parlament mit den Stimmen von Fidesz und Jobbik ein Gesetz, nach dem Asylbewerber bis zum Abschluss des Asylverfahrens in Containern in einer Transitzone an der Grenze festgehalten werden können. Alle Personen, die sich innerhalb eines Sicherheitsgürtels von acht Kilometern illegal aufhalten, können sofort in die Transitzone gebracht werden. Asylanträge können nur aus der Transitzone heraus gestellt werden. Wie viele und welche Personen einen Antrag stellen können, obliegt der an der Transitzone angesiedelten Ausländerbehörde (aktuell: 20 – 30 Personen/Tag). Wer die Transitzone verlässt, verwirkt sein Asylrecht dauerhaft.¹³

6 Brief abrufbar unter: <https://pappito.tumblr.com/post/150059948338/köszönjük-szépen-hogy-az-adótok-ból> (letzter Zugriff: 6.6.2017).

7 Eszter Zalan: Report: Hungary could push for treaty change on migration, in: EUobserver, 22.9.2016.

8 Magyar Kétfarkú Kutya Párt: Akciók, abrufbar unter: <http://ketfarkukutya.com/?cat=7> (letzter Zugriff: 6.6.2017).

9 Pester Lloyd: Plakatmonopol in Ungarn: Regierung übernimmt Kontrolle über Außenwerbung, 17.12.2016.

10 Pester Lloyd: „Volkswille“: Orbán kündigt Verfassungsänderung an, Reaktionen zum Referendum in Ungarn, 3.10.2016; Eszter Zalan: Defiant Orban to carry on fight with Brussels, in: EUobserver, 3.10.2016.

11 Stephan Löwenstein: Blaues Auge für Orbán, in: FAZ, 8.11.2016.

12 Ralf Leonhard: Ungarn lässt Asylsuchende internieren, in: taz.de, 8.3.2017.

Die Europäische Kommission plante keine Maßnahmen gegen die restriktive Flüchtlingspolitik. Mitte März wurde Ungarn allerdings vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Festhaltens zweier Migranten in der Transitzone verurteilt. Der Kommunikationschef der Regierung sprach daraufhin von „extremistischem Menschenrechtsfundamentalismus“. Führende Vertreter der Regierung empfahlen, aus der Europäischen Menschenrechtskonvention auszutreten.¹⁴

Aus für missliebige Berichte: Népszabadság

Die vielen Korruptionsskandale der Regierung standen im Fokus von Ungarns größter und renommiertester Tageszeitung Népszabadság. Am 8. Oktober 2016 wurde sie ohne Vorankündigung geschlossen und die Internetseite abgeschaltet. Der Eigentümer Mediaworks gab die gesunkene Auflage als Grund für die Schließung an. Seit 2007 schrieb Népszabadság Verluste. Die Beauftragte für Medienfreiheit bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Dunja Mijatovic, ging allerdings nicht davon aus, dass wirtschaftliche Gründe die Ursache waren. Die Europäische Union reagierte offiziell nicht.¹⁵ Zusammen mit zwölf Komitatszeitungen, dem Manager Magazin und der Wirtschaftszeitung Világgazdaság wurde Népszabadság schließlich im Paket an Opimus Press verkauft, eine verschachtelte Holding, hinter der der Orbán-Freund Lőrinc Mészáros steht. Opimus Press kündigte an, Népszabadság nicht wieder aufzulegen, da „weder eine rationale Möglichkeit noch eine wirtschaftliche Basis“ dafür bestehe.¹⁶ Nach dem Entzug der Frequenzen von Klubrádió, der Übernahme des zweitgrößten privaten Fernsehsenders TV2, der Ruhigstellung von RTL Klub, der Wandlung der Zeitung Napi Gazdaság zum Regierungsorgan und der Auswechslung der Führung beim kritischen Nachrichtenportal origo.hu, war die Schließung der Népszabadság der nächste Coup. Anfang Dezember ging auch der rechte Propagandasender Echo TV an Mészáros. Das Wochenmagazin Fiygelő übernahmen Orbáns Gefolgsleute Ende 2016.¹⁷ Das Boulevardblatt Bors sowie die großen Regionalzeitungen Kisalföld (in Nordwestungarn) und Délmagyarország (in Südungarn) sollen die nächsten Ziele sein.¹⁸ Freedom House listet die Pressefreiheit in Ungarn als die niedrigste aller EU-Staaten.¹⁹

Aus für freies Denken: Central European University

Wenig direkte Handhabe hatte die Regierung gegen international finanzierte Institutionen. Hier lagen vor allem die durch den orbánkritischen Finanzspekulant George Soros unterstützten Organisationen im Visier. Zoltán Balog, Minister für Humanressourcen, bezeichnete diese Organisationen als „pseudo-zivilgesellschaftliche Spionagegruppen“.²⁰

-
- 13 Magyarország kormánya: T/13976 törvényjavaslat a határőrizeti területen lefolytatott eljárás szigorításával kapcsolatos egyes törvények módosításáról, 20.2.2017.
 - 14 Frankfurter Allgemeine Zeitung: EU-Kommission leitet Verfahren gegen Ungarn ein, 27.4.2017; Pester Lloyd: Staatsfeind Menschenrecht: Ungarn will Europäische Menschenrechtskonvention verlassen, 23.3.2017.
 - 15 Eszter Zalan: Journalists furious as Hungary's largest newspaper closes, in: EUobserver, 10.10.2016.
 - 16 Pester Lloyd: „Keine rationalen Gründe“: Eigentümer bestätigt dauerhaftes Aus für Népszabadság, 14.12.2016.
 - 17 Gergely Márton: „Orbán hat immer noch Hunger“, in: taz.de, 11.2.2017; Pester Lloyd: Fidesz-Mediensportfolio: Rechter Propagandakanal Echo TV geht an Orbán-Freund, 6.12.2016.
 - 18 Pester Lloyd: „Hat nichts mit Politik zu tun“: Ungarn vor medialer Gleichschaltung, 27.10.2016.
 - 19 Zalan: Journalists furious, 2016.
 - 20 Eszter Zalan: Anti-Soros university bill sparks protest in Budapest, in: EUobserver, 5.4.2017.

Ein neu entworfenes Gesetz sah daher vor, sämtliche aus dem Ausland finanzierten Nichtregierungsorganisationen als „ausländisch gefördert“ zu brandmarken. Insbesondere erfuhr aber das Hochschulgesetz eine Änderung. Sie zielte auf die 1991 über die Soros-Stiftung gegründete Central European University (CEU). Führende Vertreter des Fidesz sprachen von der CEU als einer „Phantom-Universität“, deren Professoren „Offiziere einer Okkupationsarmee“ seien.²¹ Die CEU, eine der zehn internationalsten Universitäten der Welt,²² hat einen Schwerpunkt in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Diese Fachbereiche sind der Orbán-Regierung schon länger ein Dorn im Auge und an den nationalen Hochschulen bereits beschnitten.²³ Das modifizierte Hochschulgesetz sah nun vor, dass ausländische Universitäten nur dann in Ungarn betrieben werden dürfen, wenn sie auch in ihrem Herkunftsland eine Hochschule unterhalten. Außerdem muss ein gesonderter Staatsvertrag mit Ungarn geschlossen werden. Trotz Protesten aus der Europäischen Union wurde das Gesetz verabschiedet. Seit Anfang April fanden Demonstrationen in Budapest statt und sowohl nationale Bildungsinstitutionen wie auch die Akademie der Wissenschaften verfassten Solidaritätsnoten für die CEU.²⁴ Am 26. April leitete die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren ein, da das Gesetz gegen die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit verstoße.

Nationale Konsultation

Aufgrund der anhaltenden Konflikte auch mit der Europäischen Union startete die Regierung am ersten Aprilwochenende 2017 unter der Überschrift „Stoppt Brüssel!“ eine Nationale Konsultation. Den Wahlbürgern wurde hierbei ein Brief mit sechs Suggestivfragen gestellt. Sie lauteten beispielsweise: „In Ungarn war die Schaffung von Arbeitsplätzen deshalb erfolgreich, weil wir unseren eigenen Weg gegangen sind. Was soll Ungarn Ihrer Meinung nach tun? a) Über die Zukunft der ungarischen Wirtschaft müssen weiterhin wir, die Ungarn, entscheiden; b) Brüssel soll entscheiden, was in der Wirtschaft getan werden soll.“ Ziel der Konsultation war, die Zuständigkeiten im Steuerrecht, bei staatlichen Subventionen und beim Wettbewerbsrecht dauerhaft auf nationalstaatliche Ebene zurückzuholen. Die Initiative erfolgte eine Woche nachdem Orbán anlässlich des 60. Jahrestags der Römischen Verträge die Erklärung „Europe is our common future“ unterzeichnet hatte.²⁵ Die Europäische Kommission antwortete mit einem vierseitigen Papier, in dem sie die fehlerhaften Behauptungen aus der Kampagne richtigstellte.²⁶ Rücksendefrist für die Konsultation war der 20. Mai 2017.

Weiterführende Literatur:

Bálint Magyar: Post-Communist Mafia State. The Case of Hungary, Budapest 2016.

Bernd Holznagel/Gábor Polyák (Hrsg.): Medienfreiheit unter Druck. Medienregulierung und Medienpolitik in Ungarn, Berlin 2016.

21 Martin Schulze Wessel: Orbáns Ethnisierung des Bildungswesens, in: FAZ, 5.4.2017.

22 Times Higher Education: World University Rankings 2016-2017, abrufbar unter: <https://www.timeshighereducation.com> (letzter Zugriff: 9.6.2017).

23 Heiko Fürst: Ungarn, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2015, Baden-Baden 2015, S. 503-506.

24 Schulze Wessel: Orbáns Ethnisierung des Bildungswesens, 2017.

25 Pester Lloyd: 60 Jahre Römische Verträge: Orbán, der innere Feind Europas, 27.3.2017.

26 European Commission: European Commission Responds to Hungarian National Consultation, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/attachment/MEX-17-1116/en/Commission%20answers%20Stop%20Brussels%20Consultation_EN.pdf (letzter Zugriff: 7.6.2017).